

Antrag

der Fraktion der CDU

Die Zukunft Europas gestalten – Freizügigkeit und Sicherheit der Europäischen Union stärken

Der Landtag stellt fest:

Die Europäische Union ist der Garant für Frieden, Freiheit und Wohlstand in Europa. Es gibt ermutigende Zeichen: In den Niederlanden und in Frankreich haben europäisch gesinnte Parteien und Politiker gut abgeschnitten, die Bewegung „Pulse of Europe“ weckt neue Begeisterung für den europäischen Gedanken und gibt der großen Mehrheit, die die europäische Einigung befürwortet, ein Gesicht.

Es bleibt aber wichtig, für die Kernprinzipien eines gemeinsamen Europas bei den Bürgern zu werben, bei denen die Akzeptanz durch die europäische Idee aus dem Blickfeld geraten ist. Wir müssen die europäische Idee wieder mit Leben füllen und sie offensiv vertreten.

Denn vor nationalistischen und protektionistischen Tendenzen sowie nationalen Egoismen darf man nicht die Augen verschließen. Allzu häufig werden Fehlentwicklungen in den einzelnen Staaten kurzerhand der europäischen Ebene zugewiesen. EU-Schuldenkrise, der Austritt Großbritanniens aus der Europäischen Union, wirtschaftliche und soziale Ungleichheiten innerhalb Europas sowie tektonische Verwerfungen der weltpolitischen Architektur stellen die westliche Wertegemeinschaft vor neue Herausforderungen.

Es muss wieder klar unterschieden werden, was europaweit geregelt und was nationale Angelegenheiten sind. Denn in den vergangenen Jahren ist bei vielen Bürgern der Eindruck einer europäischen Überregulierung und Bürokratisierung entstanden. Das Subsidiaritätsprinzip muss daher wieder stärker berücksichtigt werden.

Die europäische Leitidee wird insbesondere im Hinblick auf die Freizügigkeit über die europäischen Grenzen hinweg deutlich. Sie ermöglicht die Intensivierung des kulturellen und persönlichen Austausches. Regionen wachsen so ganz selbstverständlich grenzüberschreitend zusammen. Insbesondere in Rheinland-Pfalz wird das im Grenzbereich zu Belgien, Luxemburg und Frankreich spürbar und erlebbar. Es entstehen neue europäische Bezüge im Alltagsleben der Bürger, die ein starkes Band der Partnerschaft und Freundschaft knüpfen.

Diese grenzüberschreitende Kooperation wird in wirtschaftlicher Hinsicht noch einmal zum Wohle aller Bürger diesseits und jenseits der Grenze gestärkt. Zu Zehntausenden pendeln Franzosen, Belgier, Luxemburger und Deutsche über die Grenzen zu ihrem Arbeitsplatz. Aber auch mittelständische Handwerksbetriebe und exportorientierte Firmen profitieren vom ungehinderten grenzüberschreitenden Austausch. Gerade für die deutsche und rheinland-pfälzische Wirtschaft, die stark international ausgerichtet ist, sind offene Grenzen ein Gewinn. Das kommt besonders auch den Arbeitnehmern zugute.

Daher lohnt es sich, für die Freizügigkeit in Europa zu kämpfen und sie mit Nachdruck zu verteidigen. In Zeiten des internationalen Terrorismus und der wachsenden

b. w.

Migrationsströme ist dies aber nur möglich, wenn die Außengrenzen der Europäischen Union offensiv und lückenlos geschützt werden. Denn kein Gemeinwesen kann dauerhaft ohne klar definierte und kontrollierte Grenzen bestehen. Der Staat muss eine effektive Kontrolle gewährleisten. Die Zukunft Europas wird sich vor allem auch an der Frage entscheiden, ob es gelingt, die mit den europäischen Verträgen eingegangene Gemeinschaft effektiv zu schützen. Denn das Sicherheitsgefühl der Bürger hängt maßgeblich davon ab, ob Europa eine effektive Kontrolle gewährleisten kann, wer ausreisen muss, wer einreisen und bleiben darf – und damit, wer sich im Land aufhält. Der Sicherung der Außengrenzen muss deshalb eine gesamteuropäische Aufgabe sein, die von allen getragen wird. Vor diesem Hintergrund muss die Grenzschutzagentur Frontex weiter gestärkt und die Unterstützungsangebote für die Staaten, die europäischen Außengrenzen sichern, intensiviert werden.

Europa ist eine Wertegemeinschaft, die auf dem christlich-jüdischen und abendländischen Erbe sowie auf der Aufklärung gründet. Dieser Werteansatz und die damit verbundene freiheitliche Lebensweise werden in den vergangenen Jahren immer offensiver durch den islamistischen Terror herausgefordert.

Um der Herausforderung des islamistischen Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität wirksam zu begegnen, müssen ebenfalls die Chancen eines gemeinsamen Europas genutzt werden. Europäische Lösungen sind deutlich erfolgversprechender als der Rückfall in allein nationale Lösungen. Denn Netzwerke des islamistischen Terrorismus sind in Europa grenzüberschreitend. Daher müssen neben den nationalen Aufgaben in der Sicherheitspolitik der grenzüberschreitende Austausch von Daten und Ermittlungserkenntnissen der Sicherheitsbehörden beschleunigt, harmonisiert und intensiviert werden.

Darüber hinaus ist auch eine noch stärkere grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Sicherheitsbehörden wünschenswert. Denn gerade die jüngsten Erfahrungen der Terroranschläge in Brüssel, Paris und Berlin zeigen, dass nur eine grenzüberschreitende Terrorismusbekämpfung erfolgversprechend sein kann.

Daher spricht sich der Landtag dafür aus,

- offensiv für die Freizügigkeit von Personen, Waren, Kapital und Dienstleistungen in Europa einzutreten;
- gleichzeitig die Außengrenzen der Europäischen Union effektiv zu schützen und die betroffenen Staaten intensiver in Fragen des Grenzschutzes zu unterstützen;
- in Fragen des internationalen Terrorismus und der grenzüberschreitenden Kriminalität die Kooperation und den Austausch der europäischen Sicherheitsbehörden weiter zu stärken;
- dass die Landesregierung die Sicherheitsbehörden personell und organisatorisch so ausstattet, dass das Land Rheinland-Pfalz einen angemessenen Beitrag zur Aufrechterhaltung der Sicherheit leisten kann.

Für die Fraktion:
Martin Brandl